

Antrag

**der Abgeordneten Dr. Alexander Wolf, Dirk Nockemann, Detlef Ehlebracht,
Andrea Oelschläger, Peter Lorkowski und Harald Feineis (AfD)**

Haushaltsplan-Entwurf 2019/2020

Einzelplan 3.1 Behörde für Schule und Berufsbildung

Aufgabenbereich 239 Bildungsbezogene Dienstleistungen

Produktgruppe 239.02 Landesinstitut für Lehrerbildung

Betr.: Erweiterung des Aufgabengebietes „Demokratiepädagogik“ am Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI): Schaffung von zwei Referentenstellen zur Prävention gegen Linksextremismus

Weit verbreitet ist der Irrglaube, dass Linke überwiegend Gewalt gegen Sachen ausüben, rechte Gewalt sich hingegen insbesondere gegen Personen richtet. Der Vergleich politisch motivierter Gewalttaten links und rechts in Hamburg zeigt in der Anzahl der Straftaten gegen Leib und Leben und gegen Sachgüter einen jahrelangen Anstieg und ein deutliches Übergewicht im Bereich des Linksextremismus bei erfreulicherweise kontinuierlich sinkenden Deliktzahlen im Bereich des Rechtsextremismus (vergleiche Drs. 21/12345) – und auch die durch das Landesamt für Verfassungsschutz jährlich ausgewiesenen Personenpotentiale weisen deutlich mehr – auch gewaltbereite – Linksextremisten als Rechtsextremisten auf (vergleiche die Berichte ab 2015). Diese Diskrepanz spiegelt sich bislang jedoch überhaupt nicht in der demokratiepädagogischen Bildungsarbeit der Hamburger Schulbehörde wider. Wurden in den vergangenen Jahren dutzende Fortbildungsveranstaltungen, Seminare, Vorträge und Workshops zu Themen rund um das Problemfeld „Rechtsextremismus/ Rechtspopulismus/rechte Ideologie“ angeboten, fehlen vergleichende Angebote auf dem Gebiet des Linksextremismus nahezu vollständig; lediglich eine (!) Lehrerfortbildungsveranstaltung des LI thematisierte linke Gewalt, wie eine Schriftliche Kleine Anfrage der AfD-Bürgerschaftsabgeordneten, Dr. Alexander Wolf, ergab (Drs. 21/14042).

Nötig ist aus Sicht der AfD-Fraktion, die inhaltliche und personelle Ausrichtung der Abteilung „Demokratiepädagogik“ am LI ausgewogener zu gestalten und zu besetzen. Für die erfolgreiche Umsetzung sind daher zwei zusätzliche Referenten einzustellen, die über eine wissenschaftliche Expertise auf dem Gebiet des Linksextremismus verfügen und ausgehend von einer gründlichen soziologischen, die Umstände Hamburgs berücksichtigenden Analyse, spezifische demokratiepädagogische Präventionskonzepte gegen Linksextremismus entwickeln und diese in Form von Fortbildungsveranstaltungen, Seminaren, Vorträgen und Workshops an die Hamburger Lehrkräfte vermitteln.

Daher möge die Bürgerschaft beschließen:

1. Zur stärkeren Ausgewogenheit des Aufgabengebietes „Demokratiepädagogik“ am Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung sind zum nächstmöglichen

Zeitpunkt zwei Referenten einzustellen, die demokratiepädagogische Präventionskonzepte gegen Linksextremismus entwickeln und diese in Fortbildungsveranstaltungen an die Hamburger Lehrkräfte vermitteln.

2. Im Rahmen der Neueinstellungen sind die Ausgaben in der Produktgruppe 239.02 (Landesinstitut für Lehrerbildung) unter Kostenbereich 3 (Personalkosten) im Haushaltsjahr 2019 von 48.542.000 Euro um 110.000 Euro auf 48.652.000 Euro zu erhöhen.
3. Zur Gegenfinanzierung der Gesamtkosten dieses Antrages in Höhe von 110.000 Euro wird auf Einsparungsmöglichkeiten im Bereich EP 7.0 „Busbeschleunigungsprogramm - Öffentliche Straßeninfrastruktur XI“ hingewiesen.